

Bundestag direkt

Info-Brief der SPD-Landesgruppe SH
Ausgabe 1/10 - März 2010



Schwarz-gelbes Streichkonzert im Haushalt

- Von Bettina Hagedorn -

Das Ergebnis nach wochenlangen Beratungen im Haushaltsausschuss ist ernüchternd: Die schwarz-gelbe Koalition, angetreten als selbsternannte Sparkommissare in Wahlkampf- und Sonntagsreden, hat mit 80,2 Mrd. Euro Nettokreditaufnahme mehr als doppelt so viele neue Schulden aufgenommen als bei der bisher höchsten Neuverschuldung Nachkriegsdeutschlands im Jahr 1996: Der damalige Schuldenkönig hieß Theo Waigel und regierte ebenfalls mit CDU/CSU und FDP.

Richtig ist zwar, dass der erste Regierungsentwurf (Juli 2009) für diesen Haushalt 2010 noch aus der Feder von Peer Steinbrück stammte und eine Neuverschuldung von gut 86 Mrd. Euro vorsah. Damals gingen Expertenprognosen allerdings noch von durchschnittlich 4,6 Mio. Arbeitslosen für dieses Jahr aus. Dank der

Kommunalpolitische Fachkonferenz



Die Steuersenkungen von Schwarz-Gelb zu Lasten der Kommunen waren natürlich auch Thema bei der Kommunalpolitischen Fachkonferenz der SPD-Bundestagsfraktion Mitte März. Zu Gast in Berlin waren u.a. (v.l.): Marcus Böske (Geschäftsführer Stadtwerke Lübeck), Herman Benker (ehem. MdL Neustadt), Torsten Albig (Oberbürgermeister Kiel) und Claus Möller (ehem. Landesvorsitzender), hier auf dem Bild mit Bettina Hagedorn, stellv. kommunalpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion

erfolgreichen Arbeitsmarktpolitik unter Olaf Scholz (SPD) u.a. mit der Einführung des Kurzarbeitergeldes konnte dieser Negativtrend gestoppt werden. Inzwischen gehen die Experten „nur“ noch von 3,7 Millionen Arbeitslosen aus, was dem Bund Ausgaben in Höhe von rund zehn Mrd. Euro erspart und gleichzeitig höhere Einnahmen bei Steuern und Sozialabgaben bedeutet.

Und was macht die neoliberal-konservative Regierung mit diesem Sparpotential? Sie „verpulvert“ das Geld mit Steuergeschenken zu Gunsten von Hoteliers, Gutbetuchten und Großunternehmen und reißt dabei tiefe Einnahmelöcher in die Finan-

zen von Ländern und Kommunen. Besonders den Städten und Gemeinden steht das Wasser bis zum Hals.

Wir Sozialdemokraten haben in den Haushaltsberatungen unter Beweis gestellt, dass wir auch in der Opposition konstruktiv sind. Seriöse Spar- und gezielte Erhöhungsvorschläge – insgesamt waren es 75 SPD-Anträge im Haushaltsausschuss – hatten vor allem das Ziel, Umschichtungen zu Gunsten der Kommunen, der Bildung und einer ökologisch ausgerichteten Aufstockung der Entwicklungshilfe zu erreichen.

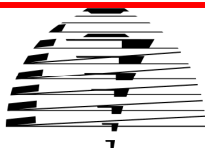
Trotz vollmundiger Bekenntnisse von Verkehrsminister Ramsauer (CSU) zu angeblich gesicherten Investitio-

nen offenbarten die Haushaltsverhandlungen massive Kürzungen vor allem im „Kombinierten Verkehr“, d.h. beim Transport von Gütern per Bahn oder Schiff. Die Mittel dafür wurden um 64 Mio. Euro mehr als halbiert, die Projekte damit quasi auf den Sankt-Nimmerleinstag verschoben. Das wird sich in Schleswig-Holstein auf die vier geplanten Vorhaben im Kieler Ostuferhafen, in Lübeck, Geesthacht und Lauenburg dramatisch auswirken. Skandalös: Gleichzeitig bewilligt Schwarz-Gelb die Fortführung der unsinnigen Transrapid-Teststrecke im Emsland mit einem Plus von 4,9 Mio. Euro und damit dem 15(!)fachen Betrag

- Fortsetzung auf Seite 2 -

Weitere Themen dieser Ausgabe

- Zivildienst Seite 2
- Frauengleichstellung Seite 3
- Klausurtagung in Rendsburg Seite 4
- Untersuchungsausschuss Seite 5
- Einigung bei Jobcenter-Regelung Seite 6
- Studienpakt für gute Lehre Seite 7
- Runder Tisch für Allein-erziehende Seite 8



Zivildienst: CDU-Pläne gehen an Wirklichkeit vorbei

In der letzten Legislaturperiode hat die Große Koalition den Zivildienst zu einem Lerndienst weiterentwickelt. Damals hat die CDU/CSU versucht, die Möglichkeit einer freiwilligen Verlängerung des Zivildienstes in das Gesetz einzubauen. Dieser Versuch ist an unserem Widerstand gescheitert. Auch FDP, Grüne und Linke, sowie zahlreiche Fachorganisationen waren gegen eine Verlängerung.

Nach der Bundestagswahl hat die Schwarz-Gelbe Koalition in ihrem Koalitionsvertrag eine Verkürzung des Wehrdienstes von neun auf sechs Monate vereinbart. Mit der Verkürzung des Wehrdienstes verkürzt sich automatisch auch der Zivildienst auf sechs Monate. Für die meisten jungen Männer schließt sich dann an den Zivildienst eine zwangsweise biografische Lücke von neun bis elf Monaten an.

Vor vier Wochen hat die Union nun die Katze aus

dem Sack gelassen. Der Stellvertretende Fraktionsvorsitzende Friedrich von der CSU ließ verlauten, man denke darüber nach, den jungen Männern eine freiwillige Verlängerung des Zivildienstes zu ermöglichen.

Die SPD-Bundestagsfraktion ist sowohl gegen eine Verkürzung des Zivildienstes als auch gegen die Möglichkeit einer freiwilligen Verlängerung des Zivildienstes. Wir setzen auf mehr Freiwilligkeit beim Wehrdienst. Außerdem soll mehr

Geld in die Freiwilligendienste FSJ und FÖJ fließen und dort der Dienst attraktiver gemacht werden. Wichtig: Die freiwillige Verlängerung des Zivildienstes ist kein Freiwilligendienst, wie wir ihn uns vorstellen.

Schon jetzt können Zivildienstleistende nach dem Dienst in der Einsatzstelle bleiben: zum Beispiel in einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis oder einem „echten“ Freiwilligendienst.

Die freiwillige Verlängerung des Zivildienstes dient nur der Verfestigung eines Pflichtdienstes. Natürlich führt die Verkürzung des Wehr- und Zivildienstes bei Trägern und Einsatzstellen zunächst zu organisatorischen Problemen. Aber die

meisten Träger sind darauf eingestellt, dass der Zivildienst keine tragende Säule im sozialen Bereich ist: Der Anteil der Zivildienstleistenden an der Gesamtzahl der Beschäftigten im Sozialbereich liegt bei 1,8 Prozent.

Sönke Rix



Sönke Rix, MdB

Fortsetzung von Seite 1: Verkehrsprojekte und Küstenschutz in Gefahr

(insges. 5,235 Mio. Euro) dessen, was vorgesehen war. Statt auf zukunftsweisende Projekte zur Stärkung von Bahn und Häfen baut diese Regierung auf Großprojekte, die technisch längst gescheitert sind – das ist pure industrielle Klientelpolitik!

Während der Investitionsanteil im Verkehrsetat unter SPD-Führung in den vergangenen Jahren regelmäßig Spitzenmarken bis zu 13,2 Mrd. Euro auswies, stehen 2010 nur noch 10,8 Mrd. zur Verfügung – 2011 bis 2013 werden es sogar nur noch durchschnittlich 9,9 Mrd. Euro sein. So verkommen bezahlbare und umweltschonende Verkehrskonzepte im Interesse der Bürgerinnen und Bürger zur leeren Worthülse.

Ein Beispiel dafür ist auch die „interne Streichliste“

der Bahn, deren Existenz Minister Ramsauer und Abgeordnete von CDU und FDP aus Schleswig-Holstein noch vor kurzem glatt leugneten: Bei zahlreichen Schienenprojekten steht demnach die Finanzierung bis 2025 auf der Kippe. Dazu zählen Baumaßnahmen wie die Hinterlandanbindung zur Fehmarnbeltquerung, die Y-Trasse in Niedersachsen sowie die Schienenausbaustrecken



Bettina Hagedorn, MdB

Hamburg–Lübeck, Neumünster–Bad Oldesloe, Hamburg–Elmshorn sowie Lübeck/Hagenow Land–Rostock–Stralsund. Wenn nicht die nächsten zehn Jahre der Bundeszuschuss an die Bahn pro Jahr um 600 Mio. Euro steigt – das ist ein Plus von 50 Prozent (!) – steht für diese Projekte kein Geld zur Verfügung.

Auch im Umwelt-, Bau- und Landwirtschaftsetat hat Schwarz-Gelb zu Lasten der kommenden Generationen kräftig den Rotstift eingesetzt: die Mittel zur „Markteinführung für Erneuerbare Energien“ werden um 19,5 Mio. Euro gekürzt, weitere 115 Mio. Euro gesperrt – das betrifft Schleswig-Holstein anteilig mindestens mit einem Minus von 560.000 Euro für Zuschüsse bei Investitionen in Solarkollektoren, Bio-

massekessel- und Geothermie-Anlagen im privaten und gewerblichen Bereich.

Wichtiges Geld für uns im Norden fließt bei der „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK), das die Regierungskoalition ebenso drastisch gekürzt hat. Minus 25 Mio. Euro und um 7,2 Mio. Euro gekürzte Verpflichtungsermächtigungen für die nächsten Jahre! Dabei brauchen gerade unsere strukturschwachen Regionen an den Küsten diese Mittel in der bisher vorgesehenen Höhe von 34 Mio. Euro für 2010, eine große Stütze für einen nachhaltigen Küstenschutz und eine leistungsfähige Land- und Forstwirtschaft im ländlichen Raum. Schwarz-Gelb verweigert unserem Land diese Unterstützung!

Gleiches Geld für gleiche Arbeit!



ASF-Bundesvorsitzende Elke Ferner, SPD-Fraktionsvorsitzender Frank-Walter Steinmeier und die Lübecker Abgeordnete Gabriele Hiller-Ohm beim Equal-Pay-Day am Brandenburger Tor

Der 26. März 2010 ist ein beschämendes Datum. Der so genannte „Equal-Pay-Day“ markiert in Deutschland den Tag, bis zu dem Frauen rechnerisch arbeiten müssten, um das gleiche Arbeitsentgelt wie ihre männlichen Kollegen für das Jahr 2009 zu bekommen. Rund 23 Prozent beträgt derzeit die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern – wohl gemerkt für gleiche oder gleichwertige Arbeit.

In Schleswig-Holstein lag nach Berechnungen des Statistischen Amtes Nord die Entgeltlücke zwischen Männern und Frauen bei rund 20 Prozent – alles bezogen auf den Bruttoverdienst von Vollzeitstellen. Frauen verdienen in Schleswig-Holstein ein Fünftel weniger für die gleiche oder für gleichwertige Arbeit. Verheiratete Frauen sind dazu oftmals steuerlich schlechter gestellt. Die Entgeltlücke vergrößert sich bei den Nettoverdiensten

weiter. Lag die Lücke beim Bruttodurchschnittsverdienst 2006 in Schleswig-Holstein bei rund 21 Prozent, klafften die Nettoverdienste von Frauen und Männern im gleichen Jahr um mehr als 25 Prozent auseinander.

Schluss damit, forderte die damalige rot-grüne Bundesregierung und versuchte zunächst über eine freiwillige Vereinbarung mit der Wirtschaft die ungerechte Entlohnung von Frauen zu beenden. Verbessert hat sich die Situation bis heute nicht. Es wurde deutlich: Mit Freiwilligkeit geht es nicht! Leider ist diese Erkenntnis bei der schwarz-gelben Regierung nicht angekommen. Sie verweist weiter darauf, dass Frauen um faire Bezahlung betteln sollen.

Für die SPD steht fest: Wir brauchen eine gesetzliche Regelung! Wir müssen Lohndiskriminierung aufdecken und gerechte Löhne

gesetzlich einfordern. SPD-Arbeitsminister Olaf Scholz hat dazu im vergangenen Jahr einen Gesetzentwurf vorgelegt, der aber von dem damaligen Koalitionspartner CDU/CSU ausgebremst wurde. Schwarz-gelbe Frauen- und Lohnpolitik lässt sich in einem Satz zusammenfassen: Außer Thesen nichts gewesen!

Schwarz-Gelb bastelt lieber am Projekt Frauenarmut im Alter und an der Armut Alleinerziehender in der Gegenwart. Nicht nur, dass Niedriglöhne billigend in Kauf genommen werden, sondern auch durch Herdprämien und Ehegattensplitting wird alles getan, um Frauen schlechter zu stellen.

In diesen Tagen startet im Internet die Seite www.eg-check.de. Hier können Betriebe - bis es eine gesetzliche Regelung gibt - die Entgelte überprüfen und dann sagen: WIR zahlen gerecht!

Gabriele Hiller-Ohm

Thönnnes in Ämtern bestätigt

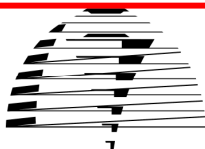
Der SPD-Bundestagsabgeordnete Franz Thönnnes aus dem Wahlkreis Segeberg – Stormarn-Nord ist erneut zum Leiter der fünfköpfigen **Delegation des Deutschen Bundestages in der Ostseeparlamentarierkonferenz** gewählt worden. Der Ammersbeker führt bereits zum dritten Mal die Berliner Delegation in der jährlich mit 130 Parlamentariern aus allen Ostseerainstaaten stattfindenden Konferenz an.

Ebenfalls seiner dritten Amtszeit sieht Franz Thönnnes als Vorsitzender der **Deutsch-Nordischen Parlamentariergruppe** entgegen. Die aus 60 Bundestagsabgeordneten bestehende überfraktionelle Interessengruppe pflegt die Beziehungen zu Dänemark, Finnland, Island, Norwegen und Schweden. Thönnnes: „Ich freue mich über das Vertrauen für dieses Mandat. Gerade für Schleswig-Holstein ist es wichtig, gute Kontakte im Norden und in den Ostseeraum zu haben.“

Ein neues Amt kam für den Außenpolitiker jüngst hinzu: Franz Thönnnes ist neuer Vorsitzender des **Gesprächskreises Russland der SPD-Bundestagsfraktion**.



Franz Thönnnes, MdB



Vor Ort in den Betreuungswahlkreisen

Die sechs schleswig-holsteinischen Bundestagsabgeordneten hatten nach der Wahl versprochen, sich um die Wahlkreise ohne SPD-MdB zu kümmern. Gesagt - getan. Hier einige Beispiele:

Ernst Dieter Rossmann wird am **25. April** um **11 Uhr** am **Arbeitnehmerempfang der Steinburger SPD** im Itzehoer „Planet Alsen“ auf dem Alsenglände teilnehmen und zwei Tage später den neuen **Steinburger Landrat** zu einem ersten Meinungsaustausch besuchen.

Hans-Peter Bartels ist am **26. April** um **19 Uhr** beim **SPD-Kreisverband Plön** im Restaurant „Fegetasche“ in Plön zu Gast. Thema der Diskussionsveranstaltung: „Wie weiter in Afghanistan?“ Bei der **Mitgliederversammlung des SPD-Ortsvereins Lütjenburg** am **29. April** um **18 Uhr** im Restaurant „Uns Huus“ gibt **Hans-Peter Bartels** den Genossinnen und Genossen einen „Bericht aus Berlin“.

In seiner Reihe „**Das Monatsangebot**“ lädt **Ernst Dieter Rossmann** am **25. Mai** um **19.30 Uhr** ins Itzehoer „Café Schwarz“ in der Breitenburger Str. 14 unter dem Titel „Fairness auf dem Arbeitsmarkt“ zur Diskussion über Begrenzung der Leiharbeit, mehr Mitbestimmung, Mindestlöhne und sozialen Arbeitsmarkt.

Am **23. Juni** ist **Rossmann** Gast und Diskussionspartner der **Dithmarscher Jusos**, wenn um 19 Uhr im **Meldorfer „Bornholdt“** in der Zingelstr. 14 die Berliner Politik auf der Agenda steht. Fortsetzung folgt...

Klausurtagung in Rendsburger Winteridylle



Die Bundestagsabgeordneten Franz Thönnies, Sönke Rix, Ernst Dieter Rossmann, Gabriele Hiller-Ohm und Bettina Hagedorn sprachen bei ihrer Klausurtagung auch mit Rendsburgs Bürgermeister Andreas Breitner und dem SPD-Fraktions- und Landesvorsitzenden Ralf Stegner

Wo sonst Literatur, Musik und Sprachen vermittelt werden, hielt im Februar die Politik Einzug. Fünf Abgeordnete der SPD-Landesgruppe Schleswig-Holstein trafen sich im Bildungszentrum Nordkolleg Rendsburg zu ihrer ersten Klausurtagung nach der Bundestagswahl, um sich über inhaltliche, strukturelle und organisatorische Perspektiven in der noch ungewohnten Oppositionsposition auszutauschen.

Für die gemeinsame Arbeit in Berlin verabredeten die Bundestagsabgeordneten, verstärkt in die inhaltliche Diskussion einzutreten. Als erstes stehen ein Positionspapier zur maritimen Wirtschaft und der Entwurf eines tourismuspolitischen Konzepts für Schleswig-Holstein auf der Agenda. Im ersten Halbjahr sollen außerdem Themen wie die kommunale Finanzausstattung und die Verkehrsinfrastruktur behandelt werden.

Die Tradition der Positionspapiere will die Landesgruppe fortführen und dabei in enger Kooperation mit Landtagsfraktion, Gewerkschaften und Verbänden Inhalte liefern. Einhelliges Fazit: Gemeinsam sind wir stärker. Die Abstimmung mit Landesverband und Landtagsfraktion, sowohl thematisch als auch in puncto Öffentlichkeitsarbeit, wollen die Bundestagsabgeordneten daher weiter intensivieren. (nb)

Frischer Wind im Berliner Willy-Brandt-Haus

Was haben Andrea Nahles und Hans-Peter Bartels gemeinsam? - Beide lieben Nutella zum Frühstück. Aber natürlich war die Generalsekretärin der SPD nicht wegen des süßen Brotaufstrichs zum Landesgruppenfrühstück ihrer Bundestagskollegen gekommen. Vielmehr berichtete sie aus dem Willy-Brandt-Haus. Die SPD-Bundeszentrale sei laut Nahles zur Zeit „wegen Umbau geöffnet“ - ihre Formel für den Willen der Parteispitze, in

die unteren Gliederungen hineinzuhören und deren Anliegen aufzunehmen. „Wir müssen momentan so viel Energie in die inneren Strukturen der Partei stecken, damit wir Schlagkraft für die Oppositionsarbeit gewinnen“, erklärte sie. An Frauenpower und Überzeugungskraft für diese Aufgabe mangelt es ihr nicht, wie sich beim Besuch in der Landesgruppe zeigte. Und wenn's mal ganz hart kommt, hilft bestimmt Nutella. (nb)



Andrea Nahles, MdB

Standpunkt

Die Geheimsache Kundus und Merkels „lückenlose Aufklärung“

- Von Dr. Hans-Peter Bartels -

Die Bombardierung von Tanklastzügen und Taliban bei Kundus in der Nacht vom 3. auf den 4. September 2009 platzte mitten in die heiße Phase des Bundestagswahlkampfes. Bundeskanzlerin Merkel nutzte daher eine ohnehin anberaumte Sondersitzung des Bundestages am 8. September zur Abgabe einer Regierungserklärung. Sie sagte: „Die lückenlose Aufklärung des Vorfalls vom letzten Freitag und seiner Folgen ist für mich und die ganze Bundesregierung ein Gebot der Selbstverständlichkeit. Die Bundeswehr wird mit allen zur Verfügung stehenden Kräften genau dazu beitragen. Den Ergebnissen kann und will ich heute nicht vorgreifen. Ich stehe dafür ein, dass wir nichts beschönigen werden (...). Eine umfassende Bewertung des Angriffs und seiner Folgen ist mir, ist dem Bundesminister der Verteidigung, ist der Bundesregierung insgesamt absolut wichtig. Auf der Grundlage aller Fakten wird sie erfolgen: offen und nachvollziehbar.“

Das war stark, das klang souverän, das verschaffte Luft bis zum Wahltag. Fehler wurden nicht eingeräumt, aber auch nicht ausgeschlossen. Die umfassende öffentliche Darstellung des tatsächlichen Geschehensverlaufs sowie die militärische, juristische und politische Bewertung würden später erfolgen. Gründlichkeit geht in Deutschland bekanntermaßen vor Schnelligkeit. Damit konnte man zur Tagesordnung übergehen.

Das alles ist jetzt sieben Monate her. Seitdem hat die Bundestagswahl stattgefunden, wurde eine neue Regierung gebildet, wurden wegen der Kundus-Affäre der Generalinspekteur und ein Staatssekretär entlassen und trat Bundesminister Jung zurück.

Aber bis heute hat die Bundesregierung keine eigene Darstellung des Geschehens in der Nacht von Kundus vorgelegt, keine eigene

Nato verstecken. Nach allem aber, was auf unterschiedlichen Wegen bisher an Informationen in die Öffentlichkeit durchgesickert ist, weckt dieses Nicht-Informieren Misstrauen oder Verdacht: Was ist noch schlimmer als das bisher Bekanntgewordene, dass es die hartnäckige Verschwiegenheit rechtfertigt? Gibt es noch eine Bombe?

Der heutige Verteidigungsminister Guttenberg ver-

seiner Pressekonferenz am 6. November geht Guttenberg zwei Mal schneidig und ausdrücklich über die juristisch unangreifbare Erklärung seines Generalinspektors Schneiderhan zum Natobericht (29. Oktober) hinaus: „Ich darf allerdings auch sagen, dass ich nach meiner Einschätzung zu dem Schluss komme: Selbst wenn es keine Verfahrensfehler gegeben hätte, hätte es zum Luftschlag kommen müssen.“

Das Ergebnis des Natoberichts ist für alle Abgeordneten, die Einsicht in ihn nehmen konnten, dass diese Aktion nicht hätte stattfinden dürfen, weil sie nicht im Einklang mit den ISAF-Regeln und der strategischen Absicht des Nato-Befehlshabers in Afghanistan stand. Da der Bericht geheim ist und nicht aus ihm zitiert werden kann, fühlte sich aber der Minister offenbar frei, das Gegenteil zu behaupten.

Der Bombenbefehl war nicht „angemessen“. Dass hier ein deutscher Oberst eine einsame („Verfahrensfehler“) Entscheidung treffen musste, ist ein Schluss, zu dem man nach Lektüre des Natoberichts sowie bei Kenntnis der gemeinsamen Nato-Strategie für Afghanistan nicht hätte kommen dürfen.

Diesen persönlichen Einschätzungsfehler – und das ist das zweite Problem des gegenwärtigen Verteidigungsministers – nur korrigieren zu können, wenn anderen die Schuld für die eigene Fehleinschätzung anzulasten ist, erscheint schäbig.

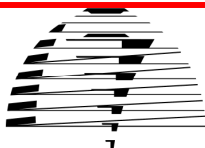


Hans-Peter Bartels vor Beginn der öffentlichen Sitzung des Untersuchungsausschusses mit der Anhörung von Ex-Minister Jung

„umfassende Bewertung“ vorgenommen. Der von Merkel gewählte Begriff „lückenlose Aufklärung“ beschreibt das Gegenteil dessen, was seither tatsächlich stattgefunden hat: Auf die lange Bank schieben, wegducken, nichts wissen, nichts gewusst haben, nichts wissen wollen, sich hinter geheimen Papieren aus Bundeswehr und

steckt sich wie Merkel hinter Phrasen brutalstmöglicher Aufklärung und hinter einer Vielzahl geheimer Papiere, die er öffentlich mal so und mal so bewertet. Kritik an seiner Aufklärungspolitik weist er als unzulässige Kritik an der Bundeswehr zurück.

Guttenbergs Hauptproblem ist der abschließende Nato-Untersuchungsbericht. In



Handwerk wirbt für einfaches Mehrwertsteuersystem

„Bei uns werden die Unternehmen nicht vom Staat übernommen, sondern vom Sohn“ - mit diesem und anderen Slogans will das Deutsche Handwerk im Rahmen einer Kampagne vor allem bei Jugendlichen für ein neues Image des Handwerkerberufs werben.

Bei dem Gespräch mit Abgeordneten der Landesgruppe warben die Vertreter des schleswig-holsteinischen Handwerks um Zustimmung für ihre Forderungen an die Politik. Mit Blick auf den Geldsegen für Hotelbetriebe plädierten sie für eine Mehrwertsteuersenkung für arbeitsintensive Dienstleistungen. „Sinnvoll wäre eine Vereinfachung und mehr Gerechtigkeit bei den Mehrwertsteu-

ersätzen“, so Udo Hansen, Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Flensburg. Ein weiterer Wunsch: Das Zusätzlichkeitskriterium beim 10-Mrd-Euro-Investitionsprogramm für

die Kommunen aus dem Konjunkturpaket II sollte auf keinen Fall gestrichen werden, weil Städte und Gemeinden dann weniger Aufträge an die regionale Wirtschaft erteilen würden.

Diese Sorge teilten die SPD-MdBs. Schwarz-Gelb hingegen hat diese Woche im Haushaltsausschuss angekündigt, das Zusätzlichkeitskriterium abzuschaffen. (nb)



Von links: Jan-Nikolas Sonntag u. Tim Brockmann (Handwerk SH e.V.), Gabriele Hiller-Ohm, Eberhard Jürgensen (HWK Flensburg), Horst Kruse (HWK Lübeck), Bettina Hagedorn, Sönke Rix, Ernst Dieter Rossmann, Udo Hansen (HWK Flensburg) und Andreas Katschke (HWK Lübeck)

Jobcenter: Verhandlungserfolg der SPD

In einer Nacht-und-Nebel-Aktion hatten CDU/CSU und FDP 900 Mio. Euro aus dem Etat für Arbeit und Soziales gesperrt. Betroffen hätte dies alle Maßnahmen u.a. für Jugendliche, die Initiative 50 Plus, die JobPerspektive und die Hilfen zum Sprung in die Selbstständigkeit. Zynisch: Während Guido Westerwelle eine Diffamierungskampagne gegen ALG-II-Empfänger anzettelt, setzen die schwarz-gelben Haushälter den Rotstift ausgerechnet bei der Qualifizierung, Weiterbildung und Umschulung von Langzeitarbeitslosen an. Gesperrt hatte Schwarz-Gelb auch die planmäßige Entfristung von 3.200 Arbeitsverträgen bei den Jobcentern.

Besser spät als nie sind CDU/CSU und FDP nun Dank des Drucks der SPD zur Einsicht gekommen. Nach einem Spitzentreffen der Regierungskoalition gemeinsam mit der SPD am 24. März gibt es nun nicht nur eine Einigung auf eine Verfassungsänderung zur weitestgehenden Absicherung der bewährten Arbeit in den Jobcentern und Optionskommunen vor Ort mit der „Hilfe aus einer Hand“. Auf Initiative der SPD gelang es zusätzlich, zur Absicherung der Quali-

tät der künftigen Vermittlung die Zusage zur Aufhebung der 900-Mio.-Euro-Sperre bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik sowie bei den 3.200 befristeten Planstellen in den Jobcentern zu erreichen.

Bettina Hagedorn: „Als Hauptberichterstatteerin für Arbeit und Soziales im Haushaltsausschuss bin ich glücklich darüber, dass die Unsicherheit in den Jobcentern und Optionskreisen jetzt beendet ist. Der große Erfolg der SPD-Verhand-

lungen garantiert für Schleswig-Holstein, dass 25 Mio. Euro mehr für Maßnahmen für Langzeitarbeitslose ausgegeben werden können und ca. 100 Mitarbeiter mit befristeten Arbeitsverträgen jetzt zusätzlich eine langfristige berufliche Perspektive erhalten. Besonders wichtig ist mir, dass der Betreuungsschlüssel der Fallmanager für die Vermittlung von unter 25jährigen bei 1 : 75 und bei den über 25jährigen auf 1 : 150 gesetzlich festgeschrieben wird.“

Kernpunkt der Einigung ist, dass die bisherigen Jobcenter als Regelmodell zu mindestens 75 Prozent bundesweit erhalten bleiben. Dort wird eine stabile Mitarbeiterschaft in den Einrichtungen mit eigener Personalvertretung gesichert. Die Optionskommunen können auf Antrag um ca. 40 aufgestockt werden. Bewerbun-

gen sind aber erst nach Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens in der zweiten Jahreshälfte möglich und müssen mit 2/3 Mehrheit von den Kreisen beschlossen sein. Den Zuschlag erhalten die Kreise, die nach einem objektiven „Ranking“ am besten für eine erfolgversprechende Arbeit geeignet erscheinen. Für Jobcenter und Optionskommunen wird es ein gemeinsames, an einheitlichen Standards orientiertes Kontrollsystem geben.

Erstaunlich ist, dass das, was jetzt vereinbart wurde, das Gegenteil von dem ist, was Schwarz-Gelb in ihren Koalitionsvertrag geschrieben hat. Dieser Zick-Zack-Kurs der CDU, der viel Zeit gekostet und viele Menschen verunsichert hat, ist Dank der SPD doch noch beendet worden. – Bleibt die Frage: Warum nicht gleich so?

Rossmann bei der FH Westküste in Heide - SPD fordert „Studienpakt für gute Lehre“

„Das ist eine Erfolgsstory erster Güte. Die Hochschule spielt jetzt in der ersten Liga!“ Dieses Fazit zog der Kreis Pinneberger Bundestagsabgeordnete Ernst Dieter Rossmann, nachdem er in seinem neuen Betreuungswahlkreis Steinburg/Dithmarschen-Süd die Fachhochschule Westküste in Heide (FHW), den Präsidenten Prof. Hanno Kirsch und sein Team besucht hatte.

Die 1993 gegründete FHW hat mittlerweile über 1200 Studierende aus ganz Deutschland und zwei Fachbereiche mit hochinnovativen Studiengängen; durch das Einwerben von Drittmitteln sind 18 zusätzliche Arbeitsplätze entstanden. Die FHW war zudem die erste Hochschule in Schleswig-Holstein, die den Bologna-Prozess mit der Einführung des Bachelor und des Master im Wintersemester 2006/2007 erfolgreich abgeschlossen hat. Die FHW hat zudem die Internationalisierung konsequent vorangetrieben, so dass heute regelmäßige Beziehungen zu über 20 Hochschulen auf allen Kontinenten bestehen.

Das Studienangebot in Hei-

de soll jetzt quantitativ und qualitativ noch weiter ausgebaut werden. „Da sind ein paar sehr kreative Ideen in der Pipeline“, so der bildungs- und forschungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, der seit Jahren für mehr Studienplätze und mehr Qualität in der Lehre kämpft. Rossmann: „Davon profitiert auch Schleswig-Holstein insgesamt.“ Der Hochschulpakt I hat Schleswig-Holstein bis 2009 schon über 2.400 zusätzliche Plätze gebracht, die noch auf fast 4.000 Plätze anwachsen werden. Dazu haben besonders die Fachhochschulen mit ca. 1.900 zusätzlichen Plätzen beigetragen. Und für die zweite Phase des Hochschulpaktes von 2011 bis 2015 sind weitere fast 10.000 zusätzliche Plätze für Schleswig-Holstein vorgesehen.

Rossmann: „Bei mehr Studienplätzen allein darf es aber nicht bleiben. Die SPD streitet auch für bessere Studienbedingungen an den Hochschulen und eine bessere Umsetzung des Bologna-Prozesses.“ In Übereinstimmung mit den Bildungsprotesten der Studierenden und zur Sicherung der Leistungsfähigkeit und Offenheit der deutschen Hochschulen fordert die SPD-Bundestagsfraktion deshalb mit Vehemenz eine bessere Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern in einem „Pakt für Stu-

dienqualität und gute Lehre“.

Die zentralen Forderungen sind hierbei:

► Bund und Länder sollen für bessere Studienbedingungen und gute Lehre in den neuen Bachelor/Master-Studiengängen in einem ersten Schritt mindestens drei Milliarden Euro zusätzlich für drei Jahre zur Verfügung stellen.

► Die Überarbeitung der Bachelor/Master-Studienreform muss länderübergreifend vergleichbar und mit dem Ziel erfolgen, die Studierbarkeit zu verbessern, den Wechsel von Studienorten sowie Auslandsaufenthalte zu sichern und die Berufsfähigkeit zu stärken.

► Ein gemeinsamer Wettbewerb „Gute Lehre“ soll die vorbildhafte Verbindung von guten Ausbildungs- und Wissensvermittlungsleistungen mit dem gesellschaftlichen Bildungsauftrag an Hochschulen prämiieren.

► Studienberatung und -betreuung müssen deutlich ausgebaut und auf die Bedürfnisse der Studierenden ausgerichtet werden.



**SPD-Bildungsexperte
Ernst Dieter Rossmann, MdB**

► Außerdem will die SPD ein höheres BAföG für mehr Studierende sowie Schülerinn und Schüler erreichen. Die Bedarfssätze sollen um drei Prozent, die Freibeträge um zehn Prozent erhöht werden, damit mehr Mittelschichtkinder gefördert werden können.

„Dies sind Initiativen, die auch den aktuell 45.000 Studierenden in Schleswig-Holstein zugute kommen und vor allem für mehr Qualität und Chancengleichheit in der Hochschulbildung sorgen“, so Rossmann.



Die Fachhochschule Westküste in Heide - innovative Studiengänge an modernem Standort
Foto: FHW

Impressum

Herausgeber

Dr. Ernst Dieter Rossmann,
MdB, Sprecher der Landesgruppe Schleswig-Holstein

Redaktion & Layout

Nadine Brockmann
Landesgruppenbüro:
PLH, 7.144, 11011 Berlin
Tel.: 030/227-75318
Fax: 030/227-76817
Mail: sh-lg.spd@bundestag.de

Schlusskorrektur

Kai Mühlstädt
Büro Dr. Hans-Peter Bartels,
MdB

Initiative von Franz Thönnnes in Stormarn: Runder Tisch „Arbeit für Alleinerziehende“



Ursula Johann (Lebenshilfswerk Stormarn), Ursula Siems u. Gaby Ebbesmeyer (Wirtschaftsakademie SH), Theda Greisner (IHK Lübeck), Claudia Osada (Bundesagentur für Arbeit), Birgit Harring-Boysen (Frau & Beruf), Irene Schumann (Gleichstellungsbeauftragte Bargteheide), Anja Deloch (Frauen helfen Frauen), Annette Peters (AWO), Birte Kruse-Gobrecht (Gleichstellungsbeauftragte Kreis Stormarn), Rüdiger Dumke (BQS), Franz Thönnnes (SPD-MdB), Markus Potten (VEK SH), Brigitta Barke (VAMV)

Hilfe für arbeitslose Alleinerziehende bei der Vermittlung in Arbeit soll ein Schwerpunkt im Kreis Stormarn werden. Das ist das Fazit von zwei Veranstaltungen des Runden Tisches „Arbeit für Alleinerziehende – Kinderbetreuung organisieren“.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Franz Thönnnes hatte im vergangenen Jahr die Initiative ergriffen und gemeinsam mit der Kreis Stormarner Gleichstellungsbeauftragten Birte Kruse-

Gobrecht über 20 Vertreter und Vertreterinnen von Vereinen und Verbänden, Institutionen und Behörden des Kreises dazu eingeladen. Am 8. März fand in Bad Oldesloe bereits die zweite Veranstaltung statt (siehe Foto).

In Stormarn gibt es derzeit zirka 1.100 Alleinerziehende im Grundsicherungsbezug mit etwa 1.600 Kindern. „Stormarn ist einer der reichsten Kreise in Schleswig-Holstein. Da darf uns Kinderarmut nicht kalt

lassen. Wir tragen hier alle Verantwortung und sind gefordert“, so Thönnnes.

Einig war sich die Runde darin, dass der beste Weg für Kinder aus der Armut ein Arbeitsplatz für Mutter oder Vater ist. Vermittlungsschwierigkeiten entstehen u.a. durch zu wenig Arbeitsplätze, mangelnde Qualifikation (z.T. fehlender Schulabschluss), psychosoziale Probleme und insbesondere fehlende flexible und bezahlbare Betreuungsmöglichkeiten. Deswegen müs-

sen mehrere Ansätze verfolgt werden. Hierzu haben die Teilnehmer des Runden Tisches neun Leitgedanken erarbeitet (www.thoennnes.de/presseaktuelles/).

Nun soll das Thema in einer Kreis-Fachtagung und bei den nächsten Treffen des neuen Netzwerkes weiter bearbeitet werden. „Ziel muss sein, dass die Annahme eines neuen Arbeitsplatzes nicht an dem mangelnden Angebot einer passenden Kinderbetreuung scheitert“, so Franz Thönnnes.

- Newsticker - Newsticker - Newsticker -

Küstenwache

„Weiß beim Thema Küstenwache der eine Teil der Bundesregierung nicht, was der andere will?“ fragt sich der Abgeordnete **Ernst Dieter Rossmann** und hat dazu jetzt um schriftliche Stellungnahme der Bundesregierung gebeten. Während der Koalitionsvertrag vorsieht, eine einheitliche nationale Küstenwache zu schaffen, hatte sich Staatssekretär Ferlemann aus dem BMVBS dafür ausgespro-

chen, die bestehende freiwillige Zusammenarbeit zu stärken.

Weniger Kuren

Gesetzliche Krankenkassen bewilligen immer weniger Mutter/Vater-Kind-Kuren, die eigentlich gesetzlich zugesichert sind. Darauf machte die Abgeordnete **Bettina Hagedorn** aufmerksam. Damit gefährden die Kassen nicht nur die Gesundheit der Betroffenen und Sparen auf dem Rü-

cken von Kindern und Eltern, die die Maßnahmen meist dringend benötigen, sondern gefährden auch die Existenz zahlreicher Arbeitsplätze und Kliniken, auch und gerade an den vielen Gesundheitsstandorten in Schleswig-Holstein.

Landkreistag SH zu Besuch in Berlin

Vertreter des Schleswig-Holsteinischen Landkreistages kamen im Februar mit den Abgeordneten der SPD-

Landesgruppe Schleswig-Holstein zu einem Gespräch zusammen. Dabei nahm die Diskussion über die Zukunft der Jobcenter den größten Raum ein. Eine Einwilligung der SPD zu einer unbegrenzten Ausweitung von Optionskommunen hielten die Abgeordneten aus Schleswig-Holstein jedoch nicht für vorstellbar. Einig waren sich beide Seiten, dass es zu einer schnellen Gesetzesänderung kommen müssen, um vor Ort Rechtssicherheit zu schaffen.